



Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt

An den Grossen Rat

12.5075.02

BVD/P125075
Basel, 4. April 2012

Regierungsratsbeschluss
vom 3. April 2012

Interpellation Nr. 26 Kerstin Wenk betreffend legale und kostengünstige Plakatflächen für Kultur

(Eingereicht vor der Grossratssitzung vom 14. März 2012)

„Seit Ende 2010 ist das "wilde" Plakatieren aus dem Stadtbild weitgehend verschwunden. Doch anders als vom Regierungsrat versprochen gibt es für Kulturbetriebe kaum legale Alternativen zum wilden Aushang. Das schadet der städtischen Kulturlandschaft, weil die Werbeflächen fehlen.

Im zentralen, gut frequentierten Stadtgebiet (Altstadt Grossbasel und Kleinbasel) gibt es auf öffentlichem Grund nach Erhebungen der Kulturveranstalter weniger als 100 legale Kleinplakatflächen im A2-Format. Dies unter Berücksichtigung der Flächen von BVB, IWB, BVD, Cablecom und Baustellen. Der nachgewiesene Bedarf liegt aber je nach Schätzung bei zwischen 600 und 1'500 Stellen.

Damit ist offensichtlich, dass das Problem der illegalen Plakatierung sehr einseitig "gelöst" worden ist. Die Kultur aller Sparten hat an Sichtbarkeit und damit auch Publikum verloren. Diese Praxis widerspricht dem Willen des Grossen Rates, der 2008 einen Anzug "betreffend Schaffung günstiger und legaler Plakatstellen für regionale Kulturveranstalter" überwies. Seit Januar 2011 diskutieren Kulturveranstalter und Behörden über Lösungen. Ein Städtevergleich soll helfen, die benötigte Zahl der Kleinplakatstellen festzulegen. Dabei ist längst klar, dass es in der Basler Innenstadt zu wenig Plakatstellen gibt. Trotzdem ändert sich nichts. Im Gegenteil: Es droht noch während des Verhandlungsprozesses ein Wegfall von seit Jahren bestehenden Plakatier-gelegenheiten, weil Plakatrahmen an privaten Fassaden nachträglich ein Bewilligungsverfahren durchlaufen müssen. Die Kulturbetriebe brauchen dringend ein positives Zeichen von Seiten Regierung und Verwaltung. In Zürich ist das Problem der illegalen Plakatierung weitgehend gelöst worden, indem klare Verbote flankiert wurden mit der Schaffung von legalen Plakatiermöglichkeiten in genügender Zahl.

Vor diesem Hintergrund erlaube ich mir, dem Regierungsrat folgende Fragen zu stellen:

1. Teilt der Regierungsrat die Ansicht, dass es in der Innenstadt zu wenig Plakatstellen für kulturelle Anlässe und Events gibt? Ist er sich bewusst, dass dies die Tätigkeit der (Klein-) Kulturveranstalter stark erschwert und eine baldige Lösung notwendig ist?
2. Falls ja: Bis wann sind Lösungen zu erwarten? Wie sehen diese aus? Wie kann sichergestellt werden, dass den Anliegen der kleinen, auf günstige Plakatiermöglichkeiten angewiesenen Kulturveranstalter beim behördlichen Agieren mehr Gewicht zukommt?
3. Weshalb werden - mitten im Verhandlungsprozess zwischen Kulturveranstaltern und Behörden - die Aushangfirmen gerade jetzt in ein Bewilligungsverfahren mit ungewissem Ausgang gezwungen? Die Rechtslage hat sich in den letzten Jahren doch nicht verändert?

4. Teilt der Regierungsrat die Ansicht, dass es besser wäre, die Situation nicht weiter zuzuspitzen und den Kulturveranstaltern ein greifbares positives Zeichen zu gewähren? Ist er bereit, den ihm zustehenden Ermessensspielraum so einzusetzen, dass keine Kleinplakatstellen wegfallen, bis die Schaffung neuer Stellen beschlossen und umgesetzt ist?
5. Ist sich der Regierungsrat bewusst, dass sich die Kulturveranstalter aus Goodwill an die Anordnungen der Behörden halten, obwohl diese juristisch auf äusserst wackligen Füßen stehen?
6. Wie will der Regierungsrat im Rahmen der nächsten Plakatkonzessionsvergabe (Laufzeit ab 2017) sicherstellen, dass die Bedürfnisse der kulturnahen (Klein-)Plakatierung abgedeckt werden?

Kerstin Wenk“

Wir beantworten diese Interpellation wie folgt:

1. Einleitende Bemerkung

Der Regierungsrat hat 2009 das heute geltende Kleinplakatierungskonzept beschlossen. Dieses steht im Einklang mit der geltenden Konzession zur Plakatierung auf der Allmend mit der APG. Seit der Einführung des Konzepts werden nicht bewilligte Kleinplakate an nicht dafür vorgesehenen Orten konsequent entfernt. Dadurch ist das Stadtbild deutlich weniger verunstaltet. Diese Verbesserung hat aber gleichzeitig dazu geführt, dass Werbeflächen für kleinere, weniger renditeorientierte Kulturbetriebe weggefallen sind. Koordiniert durch die Vereinigung Kultur & Gastronomie und den Kulturbetrieb Kaserne haben sich deshalb im vergangenen Jahr zahlreiche Kulturbetriebe gegen das neue Regime ausgesprochen und mehr Werbeflächen gefordert.

In der Folge haben mehrere Gespräche auf unterschiedlichen Ebenen stattgefunden. Seitens Verwaltung und Kulturbetriebe ist man sich einig, dass das Kleinplakatierungskonzept an die gesammelten Erfahrungen angepasst und entsprechend überarbeitet werden muss. Es soll geprüft werden, wie das bestehende Konzept optimaler bewirtschaftet werden kann und ob es allenfalls zusätzliche Standorte benötigt. Zu diesem Zweck wurde als erster Schritt eine Benchmarkstudie in Auftrag gegeben. Damit kann der Bedarf an Werbeflächen im städtischen Vergleich betrachtet werden. Sobald diese Ergebnisse vorliegen, soll unter Einbezug der Kulturbetriebe das Angebot festgelegt werden. Die Anpassung des Konzepts muss im Einklang mit der Konzession zur Plakatierung auf Allmend geschehen. Im Rahmen der Überprüfung des Konzepts wird auch untersucht, ob die Bewirtschaftung der Kleinplakatierung durch die BVB und die IWB an ihren Verteilkästen auf Allmend zweckmässig ist und den in der Vereinbarung mit dem Kanton festgelegten Zielsetzungen entspricht. Wenn beispielsweise beim Entscheid, wem die Werbeflächen zur Verfügung gestellt werden sollen, nicht nur der Preis entscheiden würde, so hätten auch die kleineren, weniger renditeorientierten Kulturbetriebe eine bessere Chance.

2. Beantwortung der einzelnen Fragen:

1. *Teilt der Regierungsrat die Ansicht, dass es in der Innenstadt zu wenig Plakatstellen für kulturelle Anlässe und Events gibt? Ist er sich bewusst, dass dies die Tätigkeit der (Klein-) Kulturveranstalter stark erschwert und eine baldige Lösung notwendig ist?*

Der Ruf nach mehr Plakatstellen in der Innenstadt geht primär von den kleineren, weniger renditeorientierten Kulturbetrieben aus. Es kann nachvollzogen werden, dass mit dem Unterbinden der illegalen Plakatierung Plakatflächen weggefallen sind. Nachdem man nun mit dem Kleinplakatierungskonzept aus dem Jahr 2009 erste Erfahrungen sammeln konnte, soll dieses optimiert und das Angebot angepasst werden; im Rahmen eines Benchmark soll der Flächenbedarf an Plakatstellen überprüft werden. Bei der definitiven Festlegung des Bedarfs sollen die Interessen insbesondere der kleineren, nicht renditeorientierten Kulturbetriebe berücksichtigt werden, ohne aber auch andere wichtige Aspekte wie beispielsweise das gute Stadtbild in seiner Gesamtwirkung ausser Acht zu lassen.

2. *Falls ja: Bis wann sind Lösungen zu erwarten? Wie sehen diese aus? Wie kann sichergestellt werden, dass den Anliegen der kleinen, auf günstige Plakatiermöglichkeiten angewiesenen Kulturveranstalter beim behördlichen Agieren mehr Gewicht zukommt?*

Der Regierungsrat ist der Meinung, dass die Anpassung des Konzepts von 2009 prioritär bearbeitet werden soll. Wichtig in diesem Zusammenhang ist die Erkenntnis, dass bei Kulturbetrieben zwischen grossen, kommerziellen Institutionen und kleineren, weniger renditeorientierten Kulturbetrieben unterschieden werden muss. Das angepasste Konzept soll ausgewogen sein, den unterschiedlichen Aspekten Rechnung tragen und mit der Konzession für die Plakatierung im öffentlichen Raum kompatibel sein. Als kurzfristige Massnahme sollen die bestehenden Aushangmöglichkeiten optimiert werden. Das Konzept soll bis im Sommer 2012 überarbeitet werden.

3. *Weshalb werden - mitten im Verhandlungsprozess zwischen Kulturveranstaltern und Behörden - die Aushangfirmen gerade jetzt in ein Bewilligungsverfahren mit ungewissem Ausgang gezwungen? Die Rechtslage hat sich in den letzten Jahren doch nicht verändert?*

Das Kleinplakatierungskonzept bezieht sich ausschliesslich auf Flächen auf der Allmend. Werden Reklamen resp. Plakatrahen an Hauswänden angebracht, so bedarf dies einer Baubewilligung. Diese wurden in den vorliegenden Fällen nicht eingeholt.

4. *Teilt der Regierungsrat die Ansicht, dass es besser wäre, die Situation nicht weiter zuzuspitzen und den Kulturveranstaltern ein greifbares positives Zeichen zu gewähren? Ist er bereit, den ihm zustehenden Ermessensspielraum so einzusetzen, dass keine Kleinplakatstellen wegfallen, bis die Schaffung neuer Stellen beschlossen und umgesetzt ist?*

Der Regierungsrat ist daran interessiert, dass das Konzept aus dem Jahr 2009 so rasch als möglich optimiert und angepasst wird. Diese Arbeiten müssen die bestehende Konzession zur Plakatierung auf Allmend respektieren.

5. *Ist sich der Regierungsrat bewusst, dass sich die Kulturveranstalter aus Goodwill an die Anordnungen der Behörden halten, obwohl diese juristisch auf äusserst wackligen Füissen stehen?*

Die heutige Regelung ist aus Sicht der Verwaltung korrekt. Inwieweit dadurch rechtliche Grundlagen verletzt sein könnten, hätten im Zweifelsfall die Gerichte zu entscheiden. Der Regierungsrat begrüsst es, dass Kulturbetriebe – die nicht selten vom Kanton subventioniert sind – nicht den Rechtsweg gegen den Kanton beschreiten.

6. *Wie will der Regierungsrat im Rahmen der nächsten Plakatkonzessionsvergabe (Laufzeit ab 2017) sicherstellen, dass die Bedürfnisse der kulturnahen (Klein-)Plakatierung abgedeckt werden?*

Die Anpassungsarbeiten am heutigen Konzept sollen die Bedürfnisse der kulturnahen (Klein-)Plakatierung berücksichtigen. Dabei sollen zukunftsfähige Lösungen entwickelt werden, die auch bei der nächsten Konzessionsvergabe einfließen können.

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt



Dr. Guy Morin
Präsident



Barbara Schüpbach-Guggenbühl
Staatsschreiberin